



An die Mitglieder
der CDU / CSU-Bundestagsfraktion
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Neustädtische Kirchstraße 7a
10117 Berlin
Postfach 64 02 33, 10048 Berlin
T +49 (0)30 - 20 64 55-0
F +49 (0)30 - 20 64 55-40
zv@baeckerhandwerk.de
www.baeckerhandwerk.de



Berlin, 07.02.2013
Az: Be/Tf 50-71

EU-Datenschutz-Grundverordnung

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir stellen unseren Verband zunächst vor: Der Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks e. V. vertritt die Interessen der deutschen Handwerksbäcker. Im Jahr 2011 erwirtschafteten die 14.170 Betriebe des Bäckerhandwerks in Deutschland mit ihren rund 292.400 Beschäftigten einen Jahresumsatz von 13,35 Mrd. Euro. Insgesamt bot das Bäckerhandwerk im Jahr 2011 29.808 jungen Menschen einen Ausbildungsplatz.

Die Europäische Kommission plant, eine europaweit geltende Verordnung zum Datenschutzrecht zu erlassen. Sie möchte damit das Datenschutzrecht in Europa modernisieren und vereinheitlichen. Hierzu nehmen wir wie folgt Stellung:

I.

Das Deutsche Bäckerhandwerk unterstützt die Pläne der Kommission zur Einführung einer Datenschutz-Grundverordnung grundsätzlich. Vor dem Hintergrund zum Teil stark voneinander abweichender Datenschutzniveaus in den Mitgliedstaaten ist das Anliegen der Kommission auch grundsätzlich durchaus nachvollziehbar. Davon abgesehen, dass im Rahmen moderner Datenverarbeitung Datenflüsse nicht an den Grenzen der Mitgliedstaaten Halt machen, erfahren Betriebe, die äußerst hohe nationale Datenschutzanforderungen zu erfüllen haben, einen nicht unerheblichen Wettbewerbsnachteil gegenüber Betrieben aus Mitgliedstaaten, die keine über das Datenschutzniveau der EU hinausreichende Vorschriften kennen. Wir begrüßen es grundsätzlich, dass die Kommission mit einer einheitlichen, europaweiten Datenschutzregelung einen Beitrag zum Schutz des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung leisten möchte.

II.

Die Anforderungen an den Datenschutz stellen Unternehmen jedoch bereits heute vor große Herausforderungen. Hier sind vor allem kleine und mittelständische Betriebe des Handwerks und gerade auch des Bäckerhandwerks betroffen. Der Gesetzgeber muss darauf achten, den Datenschutz so zu gestalten, dass er auch für kleine und mittelständische Betriebe handhabbar bleibt.

In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, dass Datenschutz nicht nur globale IT-Konzerne angeht. Die Grundverordnung soll uneingeschränkt für die gesamte Offline-Wirtschaft gelten. Umso wichtiger ist es, bei einer europäischen Reform des Datenschutzes nicht nur die datenschutzrechtlich zum Teil bedenklichen Praktiken einiger Konzerne der Online-Wirtschaft vor Augen zu haben, sondern das gesamte Spektrum der weit überwiegend verantwortungsvoll agierenden Betriebe zu berücksichtigen. Schärfere Regeln müssen deshalb gezielt auf bestehende Risiken bei sozialen Netzwerken und Suchmaschinen

zugeschnitten sein, dürfen aber nicht pauschal und zulasten kleiner und mittelständischer Betriebe eingeführt werden.

Vor diesem Hintergrund haben wir den Verordnungsentwurf auf seine praktischen Auswirkungen für die Betriebe des Bäckerhandwerks untersucht. Ergebnis: Der Verordnungsentwurf der Europäischen Kommission sollte an zahlreichen Stellen Änderungen erfahren, damit die Gestaltung des Datenschutzes auch in Zukunft für Handwerksbetriebe handhabbar bleibt. Im Nachfolgenden sprechen wir einzelne Regelungen an, die aus unserer Sicht für kleine und mittelständische Unternehmen des Bäckerhandwerks praxisuntauglich sind und formulieren Vorschläge für eine effektivere Regelung, die den Bedürfnissen der Praxis stärker Rechnung tragen:

1.

Art. 14 der EU-Datenschutz-Grundverordnung würde die Betriebe des Bäckerhandwerks verpflichten, Kunden unaufgefordert zum Zeitpunkt der Erhebung zahlreiche Informationen auszuhändigen, u. a. „zumindest“:

- *Name und Kontaktdaten des Verarbeiters sowie ggf. seines Vertreters*
- *Name und Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten des Verarbeiters*
- *Zweck der Datenverarbeitung*
- *Geschäfts- und allgemeine Vertragsbedingungen*
- *Dauer der Speicherung*
- *Auskunftsrechte*
- *Berichtigungsrechte*
- *Löschungsrechte*
- *Widerspruchsrechte gegen die Verarbeitung der Daten*
- *das Bestehen eines Beschwerderechtes bei der Aufsichtsbehörde*
- *Kontaktdaten der Aufsichtsbehörde*
- *Empfänger der Daten*
- *ggf. die Absicht, die Daten ins Ausland zu übermitteln*
- *Datenschutzniveau im Zielland*
- *Angemessenheitsbeschluss der EU-Kommission*
- *Folgen einer Verweigerung*
- *etc.*

Viele Betriebe des Bäckerhandwerks haben eine Kundenkartei, in der sie personenbezogene Daten von Kunden z.B. nach einer Bestellung speichern. Nach dem Verordnungsentwurf müssten die Betriebe des Bäckerhandwerks die o.g. Informationen unabhängig davon zur Verfügung stellen, ob der Kunde die Informationen möchte oder nicht. Das ist aus unserer Sicht nicht nur praxisfern, es ist reine Bürokratie. Wir befürchten, dass viele Bäckereien damit überfordert werden. Die in Deutschland geltende Regelung des § 34 BDSG verpflichtet die Betriebe bislang lediglich grundsätzlich dazu, Betroffenen auf Verlangen Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten Daten, den Empfänger sowie Zweck der Speicherung zu erteilen. Die in Art. 14 geplanten Informationspflichten gehen deutlich über die Pflichten des § 34 BDSG hinaus.

Die Vorschrift des Art. 14 sollte daher ersatzlos gestrichen werden:

Art. 14 entfällt.

Sollte das politisch nicht durchsetzbar sein, sollte in die Verordnung aufgenommen werden:

Bäckereien, Konditoreien und Fleischereien werden vom Anwendungsbereich von Art. 14 ausgenommen.

2.

Der Verordnungsentwurf sieht – auch für KMU – zahlreiche Prüfungs-, Genehmigungs-, Informations- und Dokumentationspflichten im Zusammenhang mit der Datenverarbeitung vor (u.a. in Art. 11 ff. und Art. 28). Die Beachtung dieser Pflichten sprengt insbesondere beim risikoarmen Speichern von Kundendaten den Rahmen der Verhältnismäßigkeit.

Diese Pflichten sollten nochmals überprüft und – jedenfalls für KMU – reduziert werden.

Die Kommission widerspricht sich selbst, wenn sie auf der einen Seite betont, dass die Umsetzung des Prinzips „Vorfahrt für KMU“ der wichtigste Grundsatz des EU-Rechts für kleine Unternehmen bleibe, andererseits KMU hier neuen bürokratischen Aufwand auferlegen will. Das Prinzip „Vorfahrt für KMU“ beinhaltet, dass eine Vereinfachung des rechtlichen und administrativen Umfelds erreicht werden soll, in dem die KMU tätig sind.

Es wird hier offensichtlich der Fehler wiederholt, der bereits zuvor im Verbraucherrecht begangen wurde: Ein schlichtes Mehr an Information trägt nicht automatisch zu höherer Transparenz und Klarheit für die Betroffenen bei. Im Gegenteil: Eine regelrechte Flut an Detailinformationen führt – ähnlich wie bei AGB – zu Unübersichtlichkeit und Verständnisschwierigkeiten. Insofern sind die zahlreichen Informationen, die dem Betroffenen nach dem Verordnungsentwurf bereitzustellen sind, kaum hilfreich.

3.

Die vorgesehenen Erlaubnistatbestände für eine zuverlässige Datenverarbeitung ermöglichen keine Datennutzung, die offensichtlich im Interesse des Betroffenen steht. Damit trägt die Verordnung zahlreichen Dienstleistungen keinerlei Rechnung. Stattdessen müsste ein weiteres Mal der umständliche Weg über die Einwilligung gegangen werden.

Es wäre weitaus praxis- und interessensgerechter, die Erhebung und Nutzung von Daten zu gestatten, wenn die Datenverwendung offenkundig im Interesse des Betroffenen steht, ohne hierfür in jedem Einzelfall seine Einwilligung einholen zu müssen.

Es empfiehlt sich deshalb, einen entsprechenden Erlaubnistatbestand in Art. 6 der Verordnung aufzunehmen. Dieser könnte – orientiert an § 14 Abs. 2 Nr. 3 BDSG – lauten:

Das Speichern, Verändern oder Nutzen ist zulässig, wenn offensichtlich ist, dass es im Interesse des Betroffenen liegt, und kein Grund zu der Annahme besteht, dass er in Kenntnis des anderen Zwecks seine Einwilligung verweigern würde.

4.

Im Verordnungsentwurf sind an einigen Stellen Regelungen zugunsten kleiner und mittlerer Betriebe vorgesehen. Zu nennen ist hier z.B. die Pflicht zur Berufung eines betrieblichen Datenschutzbeauftragten, die erst für Betriebe ab einer Größe von 250 Mitarbeitern gelten soll. Des Weiteren sollen Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten, die personenbezogene Daten nur als Nebentätigkeit zusätzlich zu ihrer Haupttätigkeit verarbeiten, nach dem Entwurf grundsätzlich nicht verpflichtet sein, die von ihnen zur Wahrung des Datenschutzes ergriffenen Maßnahmen umfassend zu dokumentieren.

Dieser Ansatz ist grundsätzlich zu begrüßen, erscheint aber, was die Höhe des Schwellenwertes und die pauschale Ausnahme nur nach der Zahl der Beschäftigten anbetrifft, nicht sachgerecht. Viele Betriebe mit 500 Mitarbeiter/innen dürften noch nicht über die personellen Ressourcen verfügen, die notwendig erscheinen, um den bürokratischen Aufwand zu erfüllen, den die Datenschutzvorschriften des Verordnungsentwurfs notwendig machen würden. Sachgerechter wäre es, insoweit einen risikoorientierten Ansatz zu verfolgen und die entsprechenden Pflichten Betrieben aufzuerlegen, die mit ihrer Hauptgeschäftstätigkeit hohe Datenschutzrisiken eingehen – hingegen Branchen wie das Bäckerhandwerk, das personenbezogene Daten nur als Nebentätigkeit zusätzlich zur Haupttätigkeit verarbeitet, grundsätzlich von den Verpflichtungen auszunehmen.

5.

Der Verordnungsentwurf sieht Regelungen zum Beschäftigtendatenschutz vor, die angepasst werden sollten:

a)

Das gilt zunächst für die Regelungen zur Einwilligung im Beschäftigtenverhältnis. Art. 4 Abs.8 des Verordnungsentwurfs definiert die Einwilligung als „ohne Zwang“ erfolgte Erklärung, mit der die betroffene Person zu verstehen gibt, dass sie mit der Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten einverstanden ist. Nach Art.7 Abs.4 des Verordnungsentwurfs soll die Einwilligung keine Rechtsgrundlage für die Verarbeitung bieten, wenn zwischen den betroffenen Personen ein erhebliches Ungleichgewicht

besteht. Nach dem Erwägungsgrund (34) soll dieses klare Ungleichgewicht zum Beispiel dann vorliegen, wenn personenbezogene Daten von Arbeitnehmern durch den Arbeitgeber im Rahmen von Beschäftigungsverhältnissen verarbeitet werden.

In der betrieblichen Praxis war die Einwilligung des/der Beschäftigten bislang ein wichtiges Gestaltungsinstrument. Dies galt insbesondere für Betriebe ohne Betriebsrat. Die geplanten Regelungen zur Einwilligung würden nun dazu führen, dass die Einwilligung im Beschäftigungsverhältnis grundsätzlich rechtlich unzulässig wird und künftig rechtlich keine Grundlage mehr für die Verarbeitung personenbezogener Daten sein kann. Dies ist nicht praktikabel, beschränkt die Beschäftigten unzulässig in ihrem Selbstbestimmungsrecht und verstößt gegen Art. 8 Abs.2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und damit höherrangiges Europarecht (vgl. Beckschulze/Natzel, NWB 25/2011, S.2132, 2142).

Es sollte korrigiert werden, indem der o.g. Erwägungsgrund ersatzlos gestrichen wird:

Erwägungsgrund (34) entfällt.

b)

Zudem wären nationale Regelungen zum Datenschutz im Beschäftigungsverhältnis nur noch „in den Grenzen der Verordnung“ zulässig – womit gesetzliche Vorschriften, die zu Ungunsten der Beschäftigten von den Vorgaben der Verordnung abweichen, unzulässig würden (vgl. Art.82 des Verordnungsentwurfs und Gola, EuZW 2012, 332, 336). In der Konsequenz würden dann auch Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen unzulässig, die von dem durch die Verordnung vorgegebenen Datenschutzniveau zu Ungunsten der Beschäftigten abweichen. Voraussichtlich müssten Betriebe dann Betriebsvereinbarungen z.B. zur Nutzung von Internet, Intranet und E-Mail den neuen Regelungen anpassen – ein aus unserer Sicht immenser bürokratischer Aufwand. Den Tarifvertrags- und Betriebsparteien würde damit zumindest teilweise die Möglichkeit genommen, auf dem Gebiet des Arbeitnehmerdatenschutzes zu regeln, was sie für betrieblich bzw. branchenspezifisch sinnvoll erachten. Dies ist nicht hinnehmbar. Es erscheint sehr wichtig – und rechtlich durch Art. 28 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union geboten – auch weiterhin Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen als Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung zuzulassen.

Art. 82 Abs.1 und Erwägungsgrund (124) sollten daher so geändert werden, dass es den Tarifvertragsparteien und Betriebsparteien eröffnet wird, Regelungen zu vereinbaren, die von den Bestimmungen der Verordnung abweichen.

Art 82 Abs.1 sollte geändert und wie folgt neu gefasst werden:

„In den Mitgliedstaaten können durch kollektive Regelung (Tarifvertrag, Sprecherausschuss- oder Betriebsvereinbarung) Regelungen zur Verarbeitung personenbezogener Arbeitnehmerdaten im Beschäftigungskontext unter anderem für Zwecke der Einstellung, der Erfüllung des Arbeitsvertrages einschließlich der Erfüllung von gesetzlich, betrieblich oder tarifvertraglich festgelegten Pflichten, des Managements, der Planung und der Organisation der Arbeit, der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz sowie für Zwecke der Inanspruchnahme der mit der Beschäftigung zusammenhängenden individuellen oder kollektiven Rechte und Leistungen und für Zwecke der Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses vereinbart werden, die von den Bestimmungen dieser Verordnung abweichen.“

Erwägungsgrund (124) sollte geändert und wie folgt neu gefasst werden:

„In den Mitgliedstaaten sollten durch kollektive Regelung (Tarifvertrag, Sprecherausschuss- oder Betriebsvereinbarung) Regelungen zur Verarbeitung personenbezogener Arbeitnehmerdaten im Beschäftigungskontext vereinbart werden können, die von den Bestimmungen dieser Verordnung abweichen.“

6.

Gänzlich abzulehnen ist das in Art. 76 und Art. 73 Abs.2 und 3 vorgesehene Verbandsklagerecht. Danach sollen Organisationen und Verbände, die sich den Schutz der Datenschutzrechte von betroffenen Personen zum Ziel gesetzt haben, das Recht haben, im Namen einer der mehrerer Personen gerichtliche Verfahren anzustrengen (Gola, EuZW 2012, 332, 336). Insoweit stellt sich grundsätzlich die Frage, ob sich das Datenschutzrecht überhaupt derart aufteilen lässt, dass es andere für einen wahrnehmen. Unabhängig davon würde damit aber jedenfalls für Organisationen und Verbände die Möglichkeit geschaffen,

mit dem Datenschutzrecht von Privatpersonen Geschäfte zu machen. Das Anliegen des Datenschutzes könnte so kommerzialisiert werden. Das Verbandsklagerecht sollte daher ersatzlos gestrichen werden:

Art. 73 Abs.2 und 3 und Art. 76 sowie Erwägungsgrund (112) entfallen.

7.

In Art. 78 ff. sind Bußgeldvorschriften vorgesehen, die in bestimmten Fällen von Datenschutzverstößen Bußgelder von bis zu 1 Mio. Euro oder 2 Prozent des weltweit erzielten jährlichen Umsatzes vorsehen. Auch wenn nach derzeitigem Stand Erleichterungen vorgesehen sind für Fälle, in denen es sich um einen ersten, unabsichtlichen Verstoß gegen die Verordnung durch KMU mit weniger als 250 Beschäftigten handelt: Die mögliche Höhe der Sanktionen könnte für einzelne Betriebe des Bäckerhandwerks existenzgefährdend werden, wenn sie im Einzelfall davon betroffen sein sollten. Der Sanktionenkatalog dürfte zu einer unnötigen Pönalisierung führen, erscheint in Teilen unbestimmt, insgesamt unverhältnismäßig und sollte ersatzlos gestrichen werden. Vielmehr erscheint es ausreichend, den Mitgliedstaaten gemäß Art. 78 die Festlegung von Sanktionen zu überlassen:

Art. 79 entfällt.

8.

In Art. 2 Abs.2 lit. b) des Entwurfs ist vorgesehen, dass die Verordnung keine Anwendung finden soll auf die Verarbeitung personenbezogener Daten, die durch die Organe, Einrichtungen, Ämter und Agenturen der Europäischen Union vorgenommen wird. Diese Regelung sollte ersatzlos gestrichen werden. Denn die Europäische Union und ihre Einrichtungen sind Teil des Staates und damit an das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung gebunden. Es geht nicht an, dass sie mit einer Verordnung der privaten Wirtschaft Pflichten auferlegt, von denen sie sich selbst ausnimmt:

Art. 2 Abs.2 lit. b) des Entwurfs entfällt.

9.

Die vorstehenden Ausführungen zeigen, dass noch vieles am Verordnungsentwurf klärungsbedürftig ist und noch weiter intensiv mit allen Beteiligten beraten werden sollte. Das sollte Anlass genug sein, sich mehr Zeit zu nehmen und die klärungsbedürftigen Fragen intensiv zu prüfen und abzuwägen – statt zu riskieren, dass es zu einer Überforderung von Betrieben des Bäckerhandwerks kommt. Es sollte nicht mit einem gesetzgeberischen „Schnellschuss“ die sich bietende Chance zu einer grundlegenden Modernisierung des Datenschutzrechts in Europa verspielt werden. Gründlichkeit sollte hier vor Schnelligkeit gehen.

Aus dem Verordnungsentwurf ergeben sich – insgesamt – neue, zusätzliche Pflichten und zusätzlicher bürokratischer Aufwand für die Betriebe des Bäckerhandwerks. Wir sehen die Gefahr, dass die Betriebe des Bäckerhandwerks, um diese neuen zusätzlichen Pflichten in Gänze zu erfüllen, eine/n Mitarbeiter/in freistellen müssen, der sich durchgängig nur um das Thema Datenschutz kümmert. Viele Betriebe des Bäckerhandwerks beschäftigen jedoch weniger als 20 Mitarbeiter/innen. Sie verfügen über keine Bürokraft, die ausschließlich administrative Vorgänge bearbeitet und können keine/n Mitarbeiter/in hierfür freistellen. Sie halten keine Rechtsabteilung vor, die Kunden über Auskunfts-, Berichtigungs-, Löschungs-, Widerspruchs- oder Beschwerderechte informieren könnte.

Mit freundlichen Grüßen

*Zentralverband
des Deutschen Bäckerhandwerks e.V.*

gez. Peter Becker
Präsident

gez. RA Amin Werner
Hauptgeschäftsführer